

Ein falsches Grundkonzept bringt Stückwerk hervor

Anmerkungen zum Schulentwicklungsplan



Jürgen Burger

Der jetzt vorgelegte Schulentwicklungsplan bietet keine überzeugende Perspektive. Die Hauptursache liegt dabei in der programmatischen Vorgabe der Bildungssenatorin, in der Sekundarstufe ein Zwei-Säulen-Modell zu etablieren. Diese Vorgabe kollidiert mit der vorhandenen Grundkonstruktion des Bremer Schulsystems. Mit hoher Wahrscheinlichkeit werden neue Mechanismen der sozialen Entmischung entstehen.

In auffälligem Gegensatz zu den Planungen für die Stadtgemeinde Bremen steht die Stellungnahme des Bremerhavener Magistrats. Sie knüpft an der vorhandenen Stufenstruktur an und führt sie mit der Zielrichtung einer Integration der Sekundarstufe I fort.

Der Plan behandelt drei Komplexe, die unterschiedlich konfliktträchtig sind:

- 1) Vorschläge zum frühen Lernen (Elementar- und Primarbereich); da Kitas und Grundschulen nicht selektiv organisiert sind, geht es hier in erster Linie nicht um Strukturen, sondern um Arbeitsschwerpunkte, ausreichende Ressourcen und die Verbesserung der Übergänge.
- 2) Vorschläge zur Umorganisation der Sekundarstufe I und Sekundarstufe II. Dieser Bereich ist traditionell politisch heftig umstritten. Die Empfehlungen sehen neue Türschilder (Oberschule) und neue stufenübergreifende Langformschulen vor. Dem Ziel des Koalitionsvertrages, ein längeres gemeinsames Lernen aller Jugendlichen zu ermöglichen, werden sie nicht gerecht.
- 3) Vorschläge, die mehrere Schulstufen umfassen (Merkmale einer guten Schule; Ganztagschule), bei denen es wiederum in erster Linie um Arbeitsschwerpunkte und Ressourcen geht.

Frühes Lernen

Die Empfehlungen legen in Kita und Grundschule den Schwerpunkt auf die Sprachförderung. Diese Schwerpunktsetzung ist richtig, insbesondere vor dem Hintergrund, dass in naher Zukunft 50% aller SchulanfängerInnen einen

Migrationshintergrund haben werden. Entscheidende Fragen bleiben aber unbeantwortet:

- Ein solcher Ausbau erfordert erhebliche Ressourcen. In den Empfehlungen werden hierzu keine Angaben gemacht.
- Die Rolle des Muttersprachlichen Unterrichts bei der Sprachförderung und Alphabetisierung ist weiterhin nicht geklärt. Ein Ausbau ist bisher nicht geplant.
- Für Grundschulen in sozial benachteiligten Stadtteilen sind mehr Doppelbesetzungen vorgesehen. Zweifel kommen auf, wenn man die Entwicklung der letzten zwei Jahre betrachtet: An den Grundschulen wurden 55 LehrerInnenstellen gestrichen, obwohl die Schüler/Lehrer-Relation in Bremen bedeutend schlechter ist, als in den anderen Stadtstaaten (S. 29).
- Die Einschulung soll flexibilisiert werden. Damit wird ein neues Projekt eingeleitet, ohne dass der jahrgangsübergreifende Unterricht, der in einer Reihe von Grundschulen begonnen hat, bisher evaluiert wurde. Das ist unseriös.
- Die Schulartenempfehlung der Grundschule, die aufgrund der Wahlfreiheit der Eltern schon in den letzten Jahren keinen verbindlichen Charakter mehr hatte, wird abgeschafft und durch eine „standardbasierte Lernstandsbeschreibung“ ersetzt. Ob dies eine Verbesserung darstellt, wird sich erst zeigen, wenn hierfür ein Entwurf vorliegt.

Schulstruktur

Der Auftrag der Koalitionsvereinbarung einen Schulentwicklungsplan zu schreiben, resultierte in erster Linie aus der offensichtlichen Fehlentwicklung des Bremer Schulsystems unter der Ampelkoalition und der Großen Koalition. Das Ziel eines integrierten Gesamtsystems wurde aufgegeben, die Zahl der isolierten Gymnasien von zwei auf acht erhöht. Die neu eingerichtete Sekundarschule entwickelte sich – wie die GEW vorausgesagt hatte – schnell zur neuen Hauptschule. Die Zahl der Überweisungen in ein Förderzentrum nahm zu. Der Ansturm auf die Gymnasien führte zu überhöhten Klassenfrequenzen – und das bei einer Verkürzung der Schulzeit. Alle Schulen der Sek. I wurden untereinander in Konkurrenz gesetzt. Die soziale Entmischung verstärkte sich.

Die Entscheidung der rot-grünen Koalition für ein Zwei-Säulen-Modell hebt diese Konkurrenz nicht auf, sondern produziert neue Konfliktlinien. Der Plan, neben den bestehenden isolierten Gymnasien neue „Leuchttürme“ in Form von Oberschulen mit eigener gymnasialer Oberstufe zu etablieren, ist vom Grundgedanken der Schulkonkurrenz geprägt und produziert eine große Gruppe von Verlierern: Die Sek.I-Zentren ohne eigene Oberstufe. Da nützt es auch nichts, diesen Verlierern ebenfalls den Namen „Oberschule“ zu geben. Da außerdem in dieser Legislaturperiode kein ernsthafter Schritt zu einer flächendeckenden Integration der Förderzentren LSV geplant ist, erhalten wir bei Realisierung dieses Konzepts im Ergebnis ein viergliedriges Schulsystem: Gymnasium – Oberschule mit GyO – Oberschule ohne GyO – Förderzentrum. Gegenüber der bisherigen Viergliedrigkeit (Gymnasium – Gesamtschule – Sekundarschule – Förderzentrum) bedeutet das keinen Fortschritt.

Um das brüchige Konzept einer Oberschule mit zusätzlichen GyO's zu legitimieren, werden Hilfsargumente eingeführt: Es wird von einem starken Wachstum der SchülerInnenzahl ausgegangen. Diese ist aber nur für die drei Jahre des doppelten Abitursjahrganges abgesichert (S. 83). Die Gründung weiterer gymnasialer Oberstufe kann seriös erst dann ins Auge gefasst werden, wenn eine deutliche Anhebung der Übergangsquote dauerhaft gegeben ist.

Neben Langformschulen von Klasse 5 bis 13 sind auch einige Fusionen mit dem Ziel einer Schule von Klasse 1 bis 10 geplant. Diese Konstruktion leidet unter dem gleichen Mangel: Einzelne Grundschulen werden gegenüber ihren Nachbarn privilegiert.

Kurzum:

Das Herumexperimentieren am System, unter dem die Bremer Schulen seit 15 Jahren leiden, wird nicht beendet, sondern munter fortgesetzt.

Durch die schlagartige Abschaffung der gymnasialen Abteilungen in den Schulzentren organisiert sich die rot-grüne Koalition ein Problem, das treffliche Wahlkampfmunition für die CDU produziert: Die Große Koalition hatte die Orientierungsstufe (und damit die verbindliche Schulempfehlung nach Klasse 6) sowie die Realschule abgeschafft. Im Ergebnis stieg die Anwahlquote des Gymnasiums in kurzer Zeit von 35% auf über 50%. Wird der Zugang zum Gymnasium jetzt auf unter 20% reduziert und bleiben die Frequenzen in den Gymnasien bei über 30 SchülerInnen, während neue Oberschulen als „Leuchttürme“ besser ausgestattet werden, entsteht in den Gymnasien das Gefühl, sie sollten „ausgehungert“ werden.

Was ist die Alternative? Sie wurde in der Koalitionsvereinbarung angedeutet, aber nicht weiter verfolgt: Die schrittweise Integration auf Basis der vorhandenen Struktur. GEW und ZEB (und auch die bildungspolitischen Experten bei SPD und Grünen) haben hierzu schon vor einem Jahr Leitlinien und Konzepte vorgelegt – sie wurden ignoriert. Schulzentren, Gymnasien und Förderzentren müssen *gleichzeitig* Schritte in Richtung Integration gehen. Die Schulen im Stadtteil müssen innerhalb der Stufen und

stufenübergreifend *kooperieren*, statt zu konkurrieren. In jedem Bremer Stadtteil gibt es etwa doppelt so viele Grundschulen wie Schulen der Sekundarstufe I und wiederum etwa doppelt so viele Schulen der Sekundarstufe I wie Oberstufen sowie meist ein Förderzentrum. Nur durch Kooperation und Verbünde im Stadtteil, nicht durch „Leuchttürme“ können bei dieser Ausgangslage durchgängige Bildungsgänge für alle SchülerInnen geschaffen werden.

Gute Schule, Ganztagsschule usw.

In den „Merkmale einer guten Schule“ wird der Schwerpunkt auf Teambildung in den Kollegien gelegt. Auch sie ist nicht zum Nulltarif zu haben. In dem zweijährigen Konflikt zwischen Personalrat und Bildungsbehörde um Entlastungsstunden für neue Aufgaben wurde deutlich, dass die Arbeitsbelastung der Lehrkräfte durch die Streichung von über 700 LehrerInnenstellen unter der Großen Koalition derart angestiegen ist, dass neue Projekte nur mit zusätzlichen Entlastungsstunden angegangen werden können.

Dasselbe gilt für die Ausführungen zur Ganztagsschule. Hier wird immerhin eingestanden, dass die Beschäftigungsbedingungen der Pädagogischen MitarbeiterInnen verbessert werden müssen. Es werden Mindeststandards für die Ausstattung der Ganztagsschulen versprochen. Klar ist jedoch – und nicht abgesichert – dass neue Ganztagsschulen auch zusätzliche LehrerInnenstellen brauchen.

Schließlich wird in einem kurzen Abschnitt auch auf die Leitungsstrukturen eingegangen. Mehr Funktionsstellen im „mittleren Management“ werden in Aussicht gestellt. Das grundlegende Problem wird jedoch nicht behandelt: Die Große Koalition hatte die Mitwirkungsrechte weitgehend abgeschafft und die Kompetenzen bei der Schulleitung zentralisiert. Wer mehr Initiative bei der Schulentwicklung fordert, der muss die Mitwirkungsrechte der Konferenzen wieder herstellen.

Forderungen

Der vorgelegte Schulentwicklungsplan ist enttäuschend – vor allem angesichts der zum Teil guten Expertenvorträge, die im Ausschuss gehalten wurden. Ungeachtet dessen ist die rot-grüne Bildungspolitik auch weiterhin an ihrem Anspruch zu messen, etwas für die frühe Bildung und ein längeres gemeinsames Lernen zu tun. In der jetzt notwendigen Strategiediskussion sind m.E. u.a. folgende Forderungen an sie zu stellen:

- Für Sprachförderung und Doppelbesetzung müssen die Grundschulen die 55 Stellen wieder erhalten, die ihnen seit Beginn der Legislaturperiode genommen wurden.
- Soll die Kooperation Kita-Grundschule auf breiter Basis unter Einbeziehung der Beschäftigten entwickelt werden, brauchen beide Einrichtungen entsprechende Kooperationsstunden.
- Gründliche Evaluation des jahrgangsübergreifenden Unterrichts und eine offene Debatte über die Leistbarkeit eines flexibilisierten Schulanfangs.
- Etablierung fester Kooperationsbeziehungen zwischen den Sek.I-Standorten und *allen* umliegenden Grundschulen. Zusätzliche Stunden für Kooperation, Hospitation und stufenübergreifenden LehrerInneneinsatz.
- Priorität des Wohnorts bei der Zulassung zur weiterführenden Sek.I-Schule.
- Senkung der Klassenfrequenzen in *allen* Sek.I-Schulen.
- - Ausreichende Planungs- und Kooperationsstunden bei weiterer Integration von Sek.I-Zentren.
- Auch Gymnasien müssen das Angebot erhalten, bei integrativen Maßnahmen zusätzliche Stunden zu erhalten.
- Alle Sek.I-Standorte erstellen ein Konzept zur Integration der Förderzentren LSV, Integration mindestens des 5. Jahrgangs noch in dieser Legislaturperiode.

- Keine Zerlegung von Sek.II-Zentren. Ausbau der Kooperation von beruflicher und allgemeiner Bildung.
- Keine Erhöhung der Frequenzen in der Einführungsphase der GyO.
- Wiedereinführung der Kooperationsstunde für Lehrkräfte an Ganztagschulen. Vertragsaufstockung, Kooperationsstunden, Fort- und Weiterbildungen für die pädagogischen MitarbeiterInnen. Keine neuen Ganztagschulen ohne neue Stellen.
- Novellierung des Schulverwaltungsgesetzes mit dem Ziel einer Stärkung der Rechte der Schulkonferenzen und Gesamtkonferenzen. Freistellungsstunden für Personalausschüsse.